

Frage des Tages

Ist die Bewilligungspflicht für Ölheizungen sinnvoll?

Wer eine neue Ölheizung anschafft, braucht dafür künftig eine Bewilligung. Ist diese Regelung sinnvoll? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:
Schiesst Unternehmenssteuerreform übers Ziel hinaus?



Ölheizungen sollen verschwinden

SP-Wirtschaftsminister will Hauseigentümern und Gewerbe den Wechsel zu erneuerbaren Energien aufzwingen

Von Martin Regenass

Basel. SP-Energieminister Christoph Brutschin will die Ökoschraube im neuen Energiegesetz tüchtig anziehen. Neben einer Versorgung mit 100 Prozent erneuerbarem Strom, fordert der Regierungsrat von den Hauseigentümern beim Heizen ihrer Gebäude den Verzicht auf fossile Energie. In ihrem Ratschlag an den Grossen Rat schreibt die Regierung, dass sämtliche 3300 Ölheizungen im Kanton ersetzt werden sollen. Ebenso sollen gut die Hälfte der 10 700 Gasheizungen ausgetauscht werden. Insgesamt sollen auf Kantonsgebiet 10 000 Heizungen mit fossiler Energie durch Anschlüsse an das Fernwärmenetz, mit Wärmepumpen oder Holzpellettheizungen ersetzt werden.

Damit das federführende Amt für Umwelt und Energie (AUE) auch überprüfen kann, ob die Hauseigentümer diesem Wechsel hin zu erneuerbaren Energien Folge leisten, fordert das neue Energiegesetz für die Neu- und Ersatzinstallation von Erdöl- und Erdgasheizungen eine Bewilligungspflicht. Wollen Hauseigentümer also weiterhin mit Öl oder Gas heizen, müssen sie dem AUE beweisen, dass es in ihrem Gebäude keine Alternative zu Heizsystemen mit fossiler Energie gibt.

Bei Helmut Hersberger, Präsident des Hauseigentümergebietes Basel-Stadt, stösst die Bewilligungspflicht auf

Skepsis. «Wir sind klar dagegen. Vor zehn Jahren liessen uns die Behörden wissen, dass die Hauseigentümer Gasheizungen einbauen müssen, um Elektroheizungen zu ersetzen, die mit Atomstrom funktionierten. Bereits jetzt aber soll alles wieder anders sein und das damals Propagierete nicht mehr gelten.»

Zudem dürfe der Umstieg auf Heizsysteme mit erneuerbaren Energien nicht auf Zwang basieren. «Der Hauseigentümer muss die Wahlfreiheit haben, wo es Sinn macht und tiefere Kosten zur Folge hat, auf erneuerbare Energien umzusteigen.» Der Staat müsse aufhören zu sagen, was recht sei und was nicht und dies dann zu erzwingen. Hersberger: «Der Wechsel muss auf freiwilliger Basis passieren.»

Lange Wartezeiten für Bewilligung

Der bürokratische Mehraufwand dürfe sowohl bei den Hauseigentümern, wie auch beim AUE erheblich sein. Trotzdem soll das AUE wegen der neuen Bewilligung um «keine» Stelle wachsen, wie Leiter Matthias Nabholz auf Anfrage sagt.

Dass der Bewilligungszwang so schlank über den Tisch geht, glaubt Martin Omlin nicht. Der Geschäftsführer von Omlin Energiesysteme AG verbaut erneuerbare Wärmepumpen und thermische Solaranlagen wie auch Öl- oder Gasheizungen. «50 Prozent der Hauseigentümer wechseln ihre Heizun-

gen erst aus, wenn die alte am Ende ist.» Das werde zu «enormen» Wartezeiten für die Neuinstallation von Heizungen führen. Dies, weil die Heizungsplaner zuerst eine Vorabklärungsphase mit den Kunden bräuchten und hypothetisch zwei Offerten machen müssten. Eine für Heizsysteme mit fossiler und eine für erneuerbare Energie, so Omlin. Wolle ein Kunde weiterhin eine Öl- oder Gasheizung, werde das Bewilligungsprozedere wohl Wochen dauern.

Da aus dem Gesetzesentwurf aber hervorgeht, dass 10 000 Brenner für fossile Energie ersetzt werden sollen, ist klar signalisiert, dass das AUE erneuerbaren Energien den Vorzug geben und wohl die meisten Gesuche für Öl- und Gasheizungen ablehnen wird.

Die Folge davon sind höhere Investitionskosten für die Hauseigentümer. Wie ein Gebäudetechniker aus der Region auf Anfrage sagt, sind Heizungen mit erneuerbarer Energie rasch einmal bis zu 20 Prozent teurer als solche mit fossiler Energie. Das weiss auch Brutschin und bringt gleich eine weitere Papierflut ins Rollen. Diese ist im Entwurf des Energiegesetzes so umschrieben, dass beim Ersatz von Heizungen in Gebäuden auf solche mit erneuerbarer Energie umzustellen sei, soweit das «technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar sei». Mit anderen Worten heisst dies nichts anderes, als dass dem Hauseigentümer nicht allzu

hohe Mehrkosten beim Ersatz der Heizung entstehen dürfen. Da Mehrkosten aber bei Systemen mit erneuerbarer Energie anfallen, sollen sie mit Subventionen über 15 000 Franken pro Anlage abgedeckt werden.

Bei 10 000 Anlagen, die schätzungsweise in den nächsten 20 Jahren ersetzt werden müssen, belaufen sich die Mehrkosten auf 150 Millionen Franken. Diese Summe soll mit höheren Förder-

Der Staat muss aufhören zu sagen, was recht ist und was nicht und das erzwingen.

Helmut Hersberger

beiträgen ausgeglichen werden, heisst es im Ratschlag. Zum einen Teil speisen diese Förderbeiträge die Basler Haushalte und Gewerbebetriebe über die Stromrechnung. Je mehr Strom sie verbrauchen, desto höher sind die Förderbeiträge. Reicht das Geld nicht, könnte die Regierung die Förderbeiträge und den Strompreis erhöhen.

Gegen höhere Förderabgaben

Ein anderer Teil solcher Förderbeiträge, den das AUE verwaltet, stammt von CO₂-Abgaben, die der Bund an die Kantone verteilt. Bereits heute unterstützt das AUE Hauseigentümer bei der

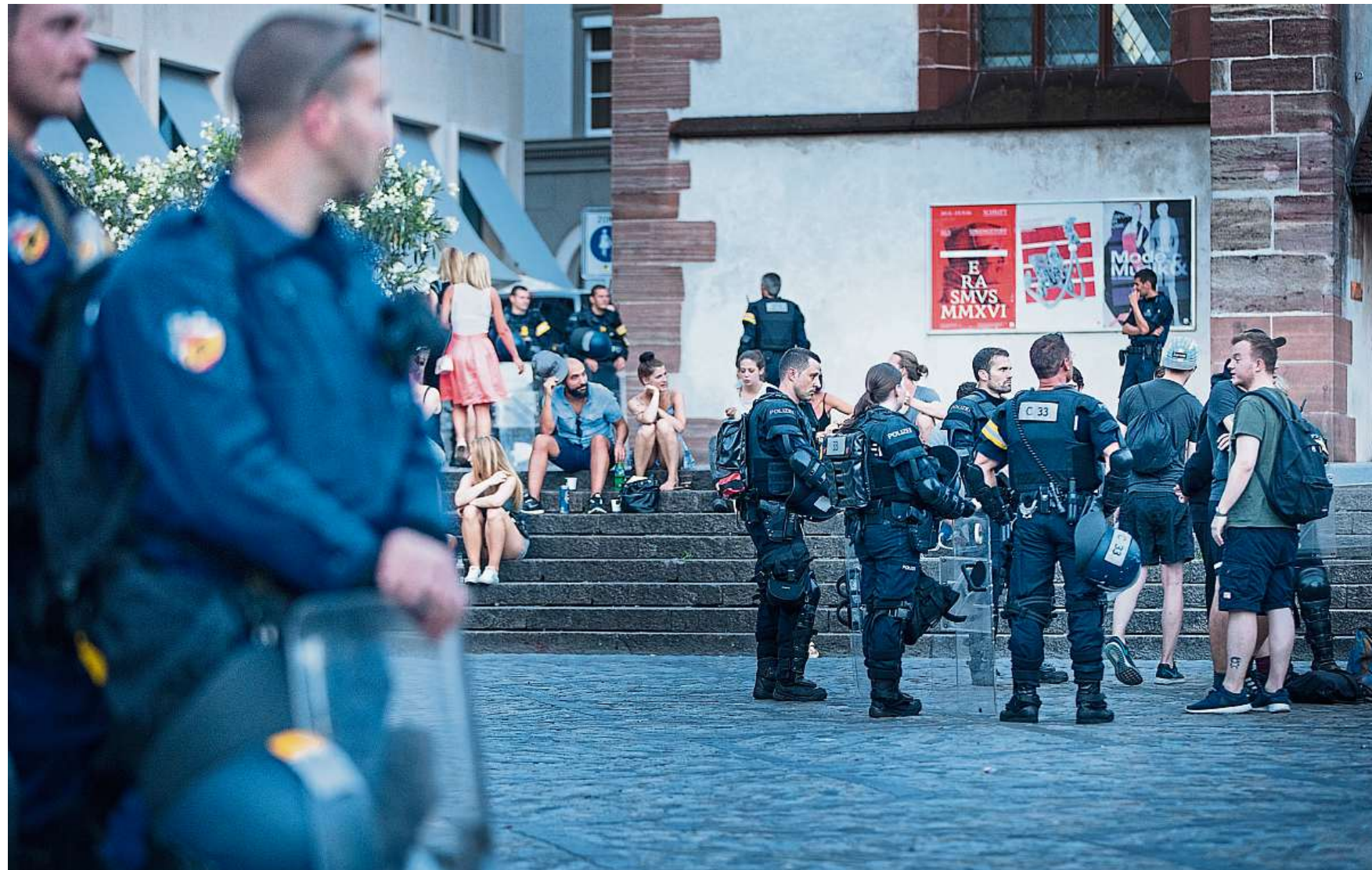
Sanierung von Fassaden oder Dächern mit dem Geld aus dem Topf: die sogenannte Sanierung der Gebäudehülle.

Für Patrick Erny, Projektleiter Politik des Gewerbeverbands Basel-Stadt ist klar: «Zur Finanzierung der Mehrkosten soll auf die durch die Energiestrategie 2050 erhöhten Globalbeiträge des Bundes zurückgegriffen werden. Wir lehnen eine allfällige Erhöhung der kantonalen Förderabgabe ab.» Generell sagt Erny zur geplanten Regelung beim Ersatz von Heizungen mit fossiler Energie: «Zwar stellt sie kein Verbot von Gas- und Ölheizungen dar, wirkt in der vorliegenden Form dennoch investitions-hemmend. Es gibt Fälle, in denen ein neues Heizsystem mit fossiler Energie die technologisch oder wirtschaftlich sinnvollere Alternative sein kann.»

HEV-Präsident Hersberger kritisiert, dass zum Umstieg auf die erneuerbaren Energien ein weiterer Subventionstopf geöffnet werden soll. «Die Leute wissen schon heute nicht mehr, welche Unterstützung sie wo beantragen müssen. Da machen weitere Subventionen keinen Sinn.» Energietechniker Omlin befürchtet, dass am Schluss des Bewilligungsprozesses samt den Subventionen nicht das optimale Heizsystem in ein Haus eingebaut werde, sondern der Preis ausschlaggebend sei. «Wenn das AUE dabei mitredet, dann kann es auch mitentscheiden, welches Heizsystem zum Zug kommt.»

Grosses Polizeiaufgebot auf dem Barfi

Angekündigte Demonstration hielt die Einsatzkräfte auf Trab – einzelne Personen wurden abgeführt



Wo sind die Demonstranten? Polizisten machten am Freitagabend Personenkontrollen und nahmen einzelne Verhaftungen vor. Foto Lucian Hunziker

Von Oliver Sterchi

Basel. Ein Grossaufgebot der Polizei markierte am Freitagabend in Erwartung der angekündigten Demonstration von Linksautonomen auf dem Barfuserplatz Präsenz. Neben den Basler Einsatzkräften rückte auch Verstärkung aus den Nordwestschweizer Konkordatskantonen Baselland, Solothurn, Aargau und Bern an.

Die Polizisten traten in Vollmontur auf und führten rund um den Barfi Personenkontrollen durch. Neben Ausweiskontrollen überprüften die Beamten auch Rucksäcke und Taschen. Eine Gruppe Jugendlicher wurde kurz vor

neun Uhr in einem Kastenwagen weggebracht. «Diese Personen wurden zur weiteren Überprüfung ihrer Identität vorübergehend auf den Posten mitgenommen», kommentierte Polizeisprecher Martin Schütz. Die unbewilligte Kundgebung wurde auf acht Uhr angesetzt. Bis Redaktionsschluss blieb die Lage auf dem Barfi ruhig. Gruppen von Demonstranten waren keine zu sehen. Über die Anzahl der im Einsatz stehenden Polizisten wollte Schütz keine Angaben machen. Man habe sich jedoch auf alle Eventualitäten vorbereitet.

Unter dem Motto «Freiheit für die Basel 8» hatten die anonymen Organisatoren im Vorfeld zu einer Solidaritäts-

demo für acht Personen aufgerufen, die im Nachgang des Saubannerzugs durch die Basler Innenstadt Ende Juni in Untersuchungshaft genommen wurden. Damals hatte eine Gruppe von rund 50 verummumten Linksautonomen in der City randaliert und dabei Scheiben eingeschlagen und Fassaden bespritzt. Auch Polizisten wurden im Zuge des Einsatzes verletzt. Der Sachschaden belief sich auf mehrere Hunderttausend Franken.

«Angebliche Gesetzesverstösse»

Aktuell befinden sich jedoch nur noch vier Personen in U-Haft. Die anderen vier hätten Haftbeschwerde einge-

reicht und seien im Laufe der Woche entlassen worden, teilte Kriminalkommissär Peter Gill gegenüber *20 Minuten* mit. Das Verfahren gegen sie laufe aber weiter.

In einem Manifest forderten die Urheber des Demo-Aufrufs die sofortige Freilassung der inhaftierten Personen. Diese würden nicht nur aufgrund der «angeblich begangenen Gesetzesverstösse» in U-Haft sitzen. Vielmehr seien sie aufgrund ihrer politischen Haltung festgenommen worden. Die Demonstration solle die «Ablehnung und Verachtung dieses Staats, seiner Gesetze und all seiner repressiven Instrumenten» zum Ausdruck bringen.

Widerstand gegen Wessels

Gewerbeverband kämpft weiter gegen Lysbüchel-Umnutzung

Von Christian Keller

Basel. Der Basler Gewerbeverband intensiviert seinen Widerstand gegen die Pläne von SP-Baudirektor Hanspeter Wessels. Diesem schwebt vor, das Areal «Volta Nord» auf dem Lysbüchel umzuzonen. Das Gelände nahe Frankreich soll künftig nicht mehr ausschliesslich als Wirtschaftsfläche, sondern auch für Wohnraum und ein neues Schulhaus mit zwölf Klassen genutzt werden. Die Grundstückbesitzer, zu denen nebst dem Kanton Basel-Stadt auch die von der Roche-Mäzenin Beatrice Oeri geführte Stiftung Habitat sowie die SBB zählen, wollen mit der grossen Kelle anrühren: Alleine die SBB erkennen auf ihrem Gebiet das Potential für 2000 neue Arbeitsplätze und Wohnungen für 700 Personen.

Verdichten statt verdrängen

Seit Wessels Ende Juni über seine stadtplanerischen Absichten auf dem Lysbüchel informierte, steht der Gewerbeverband auf die Hinterbeine. Die ablehnende Haltung kommt auch in der gestern verschickten Stellungnahme zur Planaufgabe «Volta Nord» deutlich zum Ausdruck. Er setze sich «mit Nachdruck» für die Beibehaltung der bisherigen Zonenregelung aus, schreibt der Verband. Das Lysbüchel-Areal sei die letzte zusammenhängende reine Wirtschaftsfläche in der Stadt Basel und «das Herz» inmitten anderer Wirtschaftsflächen. «Die Lage zwischen der Novartis, der Brenntag AG, der Kehrichtverbrennungsanlage, dem Schlachthof und dem Bell-Areal verdeutlicht, dass eine andere Nutzung dort nicht sinnvoll ist.» Statt Unternehmen zu verdrängen, fordert der Verband die Weiterentwicklung und die «innere Verdichtung» des Lysbüchels als Gewerbe- und Industrieareal.

Der Gewerbeverband weist zudem darauf hin, dass die Leerwohnungsziffer langsam wieder ansteige. Im letzten Jahr seien in Basel über 788 Neubauwohnungen auf den Markt gekommen. So erfreulich diese Entwicklung sei, «so entschieden muss aber auch darauf gepocht werden, dass der Bedarf nach Wirtschaftsflächen nicht vergessen geht.»